

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

## Niederschrift

über die 3. öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung  
(gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft), Hybridsitzung,  
am 03.12.2024 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,  
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Stefan Edler	
Herr Thomas Berger	
Frau Sandra Gesche	Video
Herr Detlev von der Heide	unentschuldigt
Herr Olaf Manthey	
Herr Jörg Niendorf	unentschuldigt
Herr Dargo Porath	
Herr Rajko Prill	
Frau Doreen Schulze	

#### Sachkundige Einwohner

Herr Marijo Ferencak	
Herr Sebastian Gresens	unentschuldigt
Herr Detlef Klucke	
Herr Silvio Pape	

#### Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin  
Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete, Leiterin Dezernat III  
Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV  
Herr Horst Förster-Schüz, Amtsleiter der Unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde  
Herr Rainer Grunert, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung  
Frau Kerstin Reiter, Sachgebietsleiterin Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, SG Kreisentwicklung  
Frau Birgit Hinze, Sachgebietsleiterin Verkehr im Straßenverkehrsamt  
Frau Nicole Brettschneider, Schallschutzberatung im Bürgerberatungszentrum, Flughafenzentrum Schönefeld

Frau Claudia Neumann, SB Verkehrsplanung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung,  
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

## **Gast**

Herr Martin Ludwig, Projektleiter Deutsche Bahn

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:22 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Bericht über die aktuellen Planungsstände zur Infrastrukturmaßnahme "Ausbaustrecke Berlin - Dresden" im Bereich Zossen,  
- Referent: Herr Ludwig (Projektleiter Deutsche Bahn)
- 6 Informationen zu geplanten Fahrplanänderungen ab Dezember 2024
- 7 Jahresterminplan 2025\*
- 8 Jahresbericht aus der Fluglärmkommission
- 9 Jahresbericht aus der Schallschutzberatung des Landkreises
- 10 Bericht der Bauaufsicht 2024  
Beschlussvorlagen
- 11 Konzept Kinder- und Jugendbeteiligung B-7-5433/24-LR

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

**Herr Edler** begrüßt gemeinsam mit der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, **Frau Dr. Valderrama Saud**, die zunächst die Sitzungsleitung übernimmt, alle Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung und des Ausschusses für Wirtschaft.

**Herr Edler** informiert darüber, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 11 des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung aus verschiedenen Gründen zurückgezogen werden.

## **TOP 2**

### **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend, die zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen stellen möchten, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

## **TOP 3**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

**Frau Wehlan** erklärt, dass aktuell keine Mitteilungen der Verwaltung vorliegen.

## **TOP 4**

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

**Herr Prill** stellt sich vor und hat folgende Fragen zu Brücken:

1. Wie viele Brücken hat der Kreis?
2. Wie viele Brücken führen über Wasser, Straße, Bahn?
3. Wann war die letzte Prüfung?
4. In welchem Zyklus werden sie geprüft?

Sofern die Fragen innerhalb dieser Sitzung nicht beantwortet werden können, verweist er hier auf die nächste Ausschusssitzung.

**Frau Dr. Valderrama Saud** teilt mit, dass die Fragen beim nächsten oder übernächsten Mal beantwortet werden.

**Frau Wehlan** legt die Verfahrensweise dar, dass die Fragen, die im Rahmen einer Ausschusssitzung gestellt werden, schriftlich beantwortet und zum Protokoll gereicht werden und der Fragesteller die Antwort persönlich erhält.

**Herr Manthey**, der sich ebenfalls kurz vorstellt, hat eine Frage zu dem aktuell entfallenen Tagesordnungspunkt 8, Jahresbericht aus der Fluglärmkommission. Er fragt an, an wen sich Ortsbeiräte, Gemeindevertreter oder Stadtverordnete konkret wenden müssen, sofern sie sich dafür interessieren, dass in ihrem Ort, in ihrer Gemeinde oder in ihrem bewohnten Gemeindeteil ein Lärmmesspunkt eingerichtet wird.

**Frau Wehlan** verweist hier auf Frau Biesterfeld als Vorsitzende der Fluglärmkommission.

**Frau Biesterfeld** legt dar, dass für die Einrichtung von Messstellen weder die Schallschutzberatung noch die Fluglärmkommission zuständig sind. Sie geht auf einzelne Fluglärmmessstationen im näheren Umfeld ein und erklärt, dass dieses Thema wahrscheinlich zunächst an die eigene Gemeindeverwaltung herangetragen werden sollte, die dann möglicherweise da-rüber mit der FBB in die Diskussion gehen könnte.

**Herr Trebschuh** bezieht sich auf eine aktuell eingerichtete Messstelle in Oranienburg und die im gesamten Land Brandenburg vorhandenen Messstellen, die als Ansatzpunkt dienen könnten.

## **TOP 5**

### **Bericht über die aktuellen Planungsstände zur Infrastrukturmaßnahme "Ausbaustrecke Berlin - Dresden" im Bereich Zossen, - Referent: Herr Ludwig (Projektleiter Deutsche Bahn)**

**Herr Trebschuh** führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert die Gründe für den gemeinsamen Ausschuss. Er stellt Herrn Ludwig von der Deutschen Bahn vor, der zur Umbaumaßnahme im Bereich Zossen Stellung nehmen wird. Anhand einer kurzen Power-Point-Präsentation (im Ratsinformationssystem einsehbar) geht **Herr Trebschuh** auf das Projekt aus der Sicht des Landkreises näher ein und hebt die Arbeit der einzelnen Bereiche positiv hervor.

**Herr Edler** erwähnt seine vorherige Bitte nach einer grafischen Darstellung der Planfeststellungsabschnitte, worauf **Herr Trebschuh** auf die Präsentation des Herrn Ludwig verweist.

Auf Grund des anschließenden Ausfalls der gesamten Präsentationstechnik infolge eines Netzwerkfehlers können die vorbereiteten Power-Point-Präsentationen nur in ausgedruckter Form dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden.

In der Zwischenzeit verliert **Herr Trebschuh** die Antwort des Landesbetriebes Straßenwesen zu den Anfragen aus dem Ausschuss hinsichtlich der Brücke über dem Nottekanal.

**Herr Edler** erinnert daran, dass im Ausschuss auch angefragt wurde, wann die letzte Brückenprüfung stattgefunden hat. Daher bittet er nochmals den Landkreis darum, den Landesbetrieb dahingehend anzuschreiben.

**Herr Grunert** geht darauf ein, dass diese Frage ebenfalls gestellt wurde, jedoch die konkrete Antwort fehlte. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der Landesbetrieb darüber auch nicht auskunftspflichtig ist.

**Herr Trebschuh** fügt hinzu, dass dieses auch auf die Anfrage von Herrn Prill in Bezug auf die erwähnten Brücken zutrifft. Hier kann nur über Brückenbauwerke der Kreisstraßen Auskunft gegeben werden.

**Herr Ludwig** von der Deutschen Bahn bedankt sich für die Einladung zur Sitzung und hebt die Bedeutsamkeit des Infrastrukturprojektes hervor. Anhand seiner nunmehr in schriftlicher Form vorliegenden Präsentation, die allen Ausschussmitgliedern im Nachgang über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt wird, geht er detailliert auf die Infrastrukturmaßnahme ein. Er erläutert, dass das Hauptziel dabei ist, die Reisezeit zwischen Berlin und Dresden zu verkürzen. Dazu ist es erforderlich, die komplette Strecke auf eine Fahrgeschwindigkeit von 200 km/h auszubauen. **Herr Ludwig** geht auf die notwendige Errichtung von elek-tronischen Stellwerken näher ein.

Weiterhin bezieht er sich auf den in Rede stehenden Umbau des Bahnhofes Zossen, insbesondere die neue Straßenüberführung in der Thomas-Müntzer-Straße. Die einzelnen Planabschnitte werden von ihm näher erläutert.

**Herr Ludwig** verweist auf die Notwendigkeit der Beantragung von Planrecht für die einzelnen Maßnahmen und geht detailliert darauf ein. Der Streckenbau musste auf Grund eines fehlenden Planrechts für die Straßenüberführung Thomas-Müntzer-Straße gestoppt werden.

**Herr Ludwig** erläutert die umfangreichen Maßnahmen zum Brückenbauwerk in Zossen auf Grund der schlechten Baugrundverhältnisse sowie die Verlängerung der Bauzeit.

**Herr Edler** ist über das benannte Vorgehen etwas verwundert und fragt an, seit wann sich diese Planung im Bundesschienenwegeausbaugesetz befindet, worauf **Herr Ludwig** entgegnet, dass das Projekt bereits 1993 ins Leben gerufen wurde und man mit weiteren 10 Jahren rechnen kann.

**Herr Edler** fragt an, ob die Frage der Baugrundproblematik an der Thomas-Müntzer-Straße auch an der B 246 aufgetreten ist.

**Herr Ludwig** verneint die Frage des Herrn Edler und erklärt, dass dort kein so ausgeprägtes Moorgebiet vorhanden ist. Allgemein informiert er darüber, dass Zossen zwar von schlechtem Baugrund durchzogen ist, jedoch nicht so schlecht wie im Bereich dieses Fauna-Flora-Habitat-Gebietes (FFH-Gebiet). Dort ist es möglich, mit einfacheren Maßnahmen eine neue Brücke zu errichten.

**Herr Edler** spricht insbesondere die 30-m-Tiefgründung an. Er geht davon aus, dass man sich dazu umfangreiche Gedanken gemacht hat und in der Ausschusssitzung nunmehr plötzlich keine Verbesserungsvorschläge erbracht werden sollten. Dennoch ist er über die Planungswiderstände irritiert, die im Wesentlichen vom Eisenbahnbundesamt ausgehen und dass von dort nach 3 Jahren Beratung die Prognose abgegeben wird, dass in einem vorhandenen FFH-Gebiet eventuell der Zug langsamer fahren sollte.

Die Sachlage wird von **Herrn Ludwig** umfangreich erörtert. Dazu geht er auf das Bundesschienenwegeausbaugesetz und das Bundesnaturschutzgesetz ein sowie die offensichtlichen Fragen nach Recht und Vorrang, die auch vom Eisenbahnbundesamt (EBA) scheinbar nicht beantwortet werden können.

**Herr Edler** erwartet, dass das EBA innerhalb von Wochen die Frage beantworten kann.

Zum Verständnis bezieht sich **Herr Edler** auf Folie 6 und die dort eingetragenen Planfeststellungsabschnitte. Ihm ist nicht bekannt, dass die Bahnhöfe nicht einem Planfeststellungsabschnitt zugeordnet sind, worauf **Herr Ludwig** erklärt, dass die Bahnhöfe immer eigene Planfeststellungsabschnitte waren. Dazu geht er näher auf einzelne Bahnhöfe im Landkreis ein.

**Herr Edler** fragt nach, ob die Thomas-Müntzer-Straße zum Planfeststellungsabschnitt 1.3 gehört, was von **Herrn Ludwig** bestätigt und detailliert erörtert wird. Ferner wird die Thematik des bestehenden Planrechtsbeschlusses „Umbau Bahnhof Zossen“ ausführlich besprochen.

**Herr Edler** erwähnt die Möglichkeit, dass beide Genehmigungen zur gleichen Zeit erteilt werden könnten, worauf **Herr Ludwig** näher eingeht.

Zu guter Letzt spricht **Herr Edler** die Themen elektronisches Stellwerk und schienengleicher Übergang an. Ihm ist erinnerlich, dass bei hohen Geschwindigkeiten ständig mit einer geschlossenen Schranke zu rechnen ist. Daher fragt er an, wie man dieses Verhältnis zur jetzigen Situation einschätzt.

**Herr Ludwig** legt dar, dass mit einem Anschluss eines elektronischen Stellwerkes an einen Bahnübergang dort mit sehr langen Schrankenschließzeiten zu rechnen sein wird.

**Herr Porath** fragt dazu an, ob es angesichts des großen Aufwands beim Bahnübergang nicht einfacher wäre, diesen Übergang ein Stück weiter, beim Schäferübergang, zu errichten, so dass der Verkehr zum Leninplatz in Zossen geleitet und hier nur eine Umleitungsstraße gebaut wird.

Nach Rückfrage des Herrn Ludwig und räumlicher Eingrenzung des Herrn Porath erklärt **Herr Ludwig**, dass diese Variante bereits einmal vorhanden war. Er geht auf die zahlreichen Gründe ein, die jedoch dagegensprechen.

**Herr Manthey** bezieht sich auf die Seite 6 der Präsentation, Beantragung Planrecht ab Quartal II/2025 für die Planabschnitte 1.1 bis 1.3. Er fragt an, wann für den Planabschnitt 1.2 die technische Planung der Stadt Zossen vorgelegt wurde.

**Herr Ludwig** geht dazu auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen einer Stadtverordnetenversammlung ein, die im September 2024 stattfand. Hier wurden Stadt und Bürger über die geplanten Maßnahmen informiert. Des Weiteren erfolgten zahlreiche Veranstaltungen und Bauausschüsse. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde für die Abschnitte 1.2 und 1.3 durchgeführt.

**Herr Prill** geht davon aus, dass bei Verschiebung der Bauphase auch mit Teuerungen zu rechnen ist. Daher fragt er an, wie hoch sich in etwa die Kosten von der Planung bis zur Fertigstellung belaufen.

**Herr Ludwig** erörtert, dass Zahlen nur sehr ungern genannt werden, da diese stets einen Nachteil darstellen. Diese geben auch immer nur einen aktuellen Stand wieder. Insofern kann er hier keine Zahlen nennen, die ihm auch derzeit nicht vorliegen.

**Herr Klucke** bedankt sich zunächst für die Präsentation des Herrn Ludwig. Er hat eine Frage zum elektronischen Stellwerk und hätte gern erfahren, wenn mit der alten Technik (Schrankenanlage) weiter verfahren wird, wie hoch die Geschwindigkeit der Züge ist, die dort entlangfahren. Im Gegensatz hätte er gern gewusst, wie hoch die Geschwindigkeit mit der Umstellung auf das elektronische Stellwerk ist. Er befürchtet hier die geringen Öffnungszeiten des Bahnübergangs.

Die Fragen des Herrn Klucke werden detailliert von **Herrn Ludwig** beantwortet.

**Herr Klucke** fragt im Hinblick auf die vorübergehende neue Schrankenanlage mit elektronischem Stellwerk nach, ob bereits die Gleise erneuert wurden, welches von **Herrn Ludwig** verneint wird.

**Herr Klucke** geht von einer Erhöhung des Güterverkehrs aus und vermutet, dass mit dem elektronischen Stellwerk nicht von einer höheren Geschwindigkeit an der Stelle ausgegangen werden kann. Dazu nimmt **Herr Ludwig** umfangreich Stellung.

Für **Herrn Edler** ist es verwunderlich, dass die gesamte Strecke mehr oder weniger südlich von Zossen auf Stelzen gebaut werden soll und fragt nach, ob dieses bis in den Bereich von Baruth/Mark erfolgt. **Herr Ludwig** kann den genauen Kilometerabschnitt nicht benennen, erklärt jedoch, dass sich die Strecke ab dem Nottekanal knapp 1,2 km in Richtung Wünsdorf zieht.

**Herr Edler** bezieht sich auf eine Moorstrecke zwischen Blankenfelde und Dahlewitz, die zu Kaisers Zeiten gebaut wurde mit der Aufschüttung von Wällen, welches von **Herrn Ludwig** genau erläutert wird.

**Herr Trebschuh** möchte ein Fazit aus der Sicht des Landkreises ziehen und geht auf die vorhandenen Probleme ein, die auch von Herrn Ludwig benannt wurden. Dennoch stellt er fest, dass eine sehr viel bessere Lösung als vorher gefunden wurde, da die Schranke am Bahnübergang Zossen nur geschlossen war. Die jetzige Infrastrukturmaßnahme hilft der Stadt Zossen mit den gesamten Verkehren.

**Herr Trebschuh** bedankt sich bei allen Beteiligten, die für das Zustandekommen verantwortlich sind, insbesondere bei Herrn Grunert vom Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung hinsichtlich des Bereiches ÖPNV, des Sachgebietes Kreisentwicklung, vertreten von

Frau Reiter, welches planrechtlich immer zur Seite stand, sowie bei Frau Rausch und Frau Hinze vom Straßenverkehrsamt.

**Herr Trebschuh** geht davon aus, dass das Projekt alle weiterhin beschäftigen wird, insbesondere auch die Probleme mit den Schrankenschließzeiten und dem ÖPNV.

**Frau Dr. Valderrama Saud** bedankt sich bei Herrn Ludwig für dessen Ausführungen und bittet Herrn Trebschuh, über wichtige Sachverhalte zukünftig zu informieren.

## TOP 6

### **Informationen zu geplanten Fahrplanänderungen ab Dezember 2024**

Zunächst verteilt **Herr Grunert** seine Präsentation „Geplante Änderungen im Busverkehr in TF zum 15. Dezember 2024“, die auch im Ratsinformationssystem einsehbar ist. Danach geht er näher darauf ein, wie man durch die sich abzeichnenden Änderungen im Fahrplan zu dem Entschluss kam, eine gemeinsame Sitzung, die noch vor dem Fahrplanwechsel am 15.12.2024 stattfinden sollte, durchzuführen. **Herr Grunert** geht insbesondere auf den Einsparungsbedarf im Bereich ÖPNV ein, der jedoch die Schülerbeförderung nicht berühren und letztendlich auch die Grundversorgung nicht beeinträchtigen darf.

Auf Grund der Haushaltssituation waren eine Angebotsanpassung, schwerpunktmäßig im Norden, sowie die Optimierung des Linienverkehrs wichtige Ziele. Die Umsetzung der Änderungen erfolgt am 15.12.2024 mit dem neuen Fahrplan.

**Herr Grunert** gibt einen Überblick auf das zukünftige ÖPNV-Angebot und geht auf einzelne Linien näher ein.

Er legt nochmals dar, dass bei den Fahrplanänderungen darauf geachtet wurde, dass keine übergebührlichen Härten entstehen und damit ein guter Start in das kommende Jahr erzielt werden kann.

**Herr Porath** spricht die bisherigen Schwierigkeiten im Bereich des Schülerverkehrs von Sperenberg in Richtung Luckenwalde an und fragt nach, ob dieses bei den Änderungen auch beachtet wurde bzw. sogar eine Verbesserung erzielt werden konnte.

**Herr Grunert** erörtert, dass immer eine Zuständigkeit mehrerer Ämter gesehen werden muss, wie hier das Schulverwaltungsamt, welches für die Schülerbeförderung zuständig ist. Grundsätzlich wäre sein Vorschlag, nochmals eine schriftliche Anfrage einzureichen, so dass eine bessere räumliche Zuordnung erfolgen kann. Sofern die betroffene Linie nicht in der Präsentation aufgeführt wurde, ist diese in der Fahrplanänderung auch nicht behandelt worden.

**Frau Wehlan** informiert darüber, dass zur Verstärkung des Schülerverkehrs die VTF mbH auch Gelenkbusse angeschafft hat, um an den Hauptbrennpunkten den Schülerverkehr nochmals besser abbilden zu können.

**Frau Wehlan** würde jedoch die konkrete Frage nochmals zur Beantwortung mitnehmen.

Gleichzeitig weist **Frau Wehlan** darauf hin, dass der Landkreis Teltow-Fläming Hauptträger der finanziellen Aufwendungen ist, um 3 Landkreise, z. B. an den BER, anzubinden.

Des Weiteren bezieht sie sich nochmals auf die Darlegungen des Herrn Grunert, dass mit den Fahrplanänderungen überhaupt keine Streichungen im Schülerverkehr erfolgten und keine Druckzeiten im Pendlerverkehr zu verzeichnen sind. **Frau Wehlan** geht zudem näher auf die PlusBus-Kriterien und die damit verbundenen Schwierigkeiten ein. Sie bedankt sich beim Arbeitsbereich, der im Haus von Herrn Trebschuh und Herrn Grunert in Verantwortung ist, sowie bei der VTF mbH.

Insbesondere verweist **Frau Wehlan** auf die vorhandene Informationsvorlage, in der alle Sachverhalte aufgerufen wurden, die im Zusammenhang mit dem busbezogenen ÖPNV Beachtung finden müssen.

**Frau Wehlan** sieht es nach wie vor als ein großes Thema an, inwieweit die Unterstützung des Landes, mindestens für den Schülertransport, über ein Landesprogramm erfolgen kann.

**Herr Edler** bedankt sich für die Vorträge. Er sieht die hauptsächliche Einsparung darin, dass die Linie 600 anstatt 2-mal in der Stunde nur noch 1-mal in der Stunde fährt. Gleichermaßen erwähnt er Blankenfelde-Mahlow als die Gemeinde, die vom Flughafen am stärksten betroffen ist und im Zuge der Dresdner-Bahn-Feststellung nicht einmal einen Shuttle-Halt erhält. Nach Ansicht des **Herrn Edler** sollte der Wegfall jedes 2. Busses durchaus in der Öffentlichkeit klar benannt werden.

**Frau Wehlan** erörtert, dass man sich mit dem Fahrplanwechsel fast ständig in der Situation befindet, dass dieser vor einer Haushaltsbeschlussfassung stattfindet. Insofern ist es dem Landkreis immer wichtig, dass dieses Thema auch in den zuständigen Gremien stattfindet. Sie bezieht sich auf die Aussage des Herrn Grunert, dass die Kommunen angehört und an diesen Herangehensweisen beteiligt werden.

**Herr Grunert** entgegnet, dass es ein Teil der Maßnahme ist, auch den Linienverkehr in Blankenfelde-Mahlow zu stärken mit der Linie 794 und erörtert dieses näher. Er bekräftigt nochmals, dass die Gemeinde angehört wird. Mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gab es bereits dahingehend Kontakte. Es wird sicherlich auch nochmals Gespräche mit der Verwaltung direkt vor Ort geben. Hier ist man gerade in der Terminfindung.

**Herr Edler** zeigt Verständnis für die Einsparungen, hält jedoch eine 50-%-Reduzierung einer Linie für bedenklich.

**Frau Dr. Valderrama Saud** bezieht sich auf die Folie 11, in der zur Linie 750 geschrieben wurde, dass diese aus rechtlichen Gründen verkürzt wurde. Sie bittet um Erläuterung, die von **Herrn Grunert** erfolgt.

**Frau Dr. Valderrama Saud** schließt damit den Tagesordnungspunkt 6 und erklärt, dass der Ausschuss für Wirtschaft nunmehr offiziell beendet ist. Den diesem Ausschuss zugehörigen Mitgliedern wird die Möglichkeit gegeben, auch dem Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung noch beizuwohnen.

## **TOP 7** **Jahrestermplan 2025**

**Frau Wehlan** informiert darüber, dass es sich bei den Terminen aller Ausschüsse des Kreistages, Kreisausschusses, Aufsichtsratstermine, in denen Abgeordnete tätig sind, um Jahrestermine handelt, die zur Kenntnisnahme gegeben werden. Sie bittet Herrn Grunert um das Verlesen der einzelnen Termine.

**Herr Grunert** erklärt, dass bei der Terminfindung berücksichtigt wurde, die Sitzungen nicht in verkürzten Wochen und nicht in Ferienzeiten anzuberaumen. Sofern die Terminplanung noch nicht in der PDF-Mappe vorliegt, wird dieses spätestens am nächsten Tag erfolgen. Für das Verlesen der einzelnen Termine besteht von Seiten des Ausschusses kein Bedarf.

#### **TOP 8**

##### **Jahresbericht aus der Fluglärmkommission**

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

#### **TOP 9**

##### **Jahresbericht aus der Schallschutzberatung des Landkreises**

**Frau Biesterfeld** führt in den Tagesordnungspunkt ein. Auf Grund neuer Abgeordneter gibt sie einen kurzen Überblick in die Schallschutzberatung. Sie informiert darüber, dass über wichtige Themen und die Statistik jedes Jahr 1-mal in diesem Ausschuss berichtet wird.

**Frau Brettschneider** ist darüber erfreut, wieder einmal in diesem Ausschuss zu sein und ihre Arbeit in Schönefeld vorstellen zu dürfen. Anhand einer detaillierten Power-Point-Präsentation, die den Anwesenden auf Grund des Systemausfalls in ausgedruckter Form zur Verfügung gestellt wird und die im Nachgang auch im Ratsinformationssystem einsehbar ist, berichtet **Frau Brettschneider** über ihr Tätigkeitsfeld. Sie geht auf die Zuwendungen vom Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) in Höhe von jährlich 120.000,00 € ein. Auch für die Folgejahre 2025 und 2026 wurde ein entsprechender Antrag gestellt. Inwieweit dieser bewilligt wird, ist noch offen.

**Herr Edler** bedankt sich für den Vortrag von Frau Brettschneider. Da zur Schallschutzberatung keine weiteren Fragen des Ausschusses bestehen, geht er zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

#### **TOP 10**

##### **Bericht der Bauaufsicht 2024**

**Frau Biesterfeld** als zuständige Dezernentin führt auch in diesen Tagesordnungspunkt ein. Sie erörtert, dass die Untere Bauaufsichtsbehörde seit vielen Jahren einmal jährlich zu aktuellen Entwicklungen im Genehmigungswesen in diesem Ausschuss berichtet. Die Bauaufsicht hatte sehr schwierige Jahre in der Zeit der Hochkonjunktur. Ab 2015 war ein massiver Anstieg an Bauanträgen zu verzeichnen. **Frau Biesterfeld** geht hierzu auf die Probleme der letzten Jahre, wie z. B. bei der Stellenbesetzung in der Bauantragsbearbeitung oder bei der Einarbeitung in die Fachanwendungsbetreuung für die Fachsoftware „Pro Bau“, ein. Sie legt dar, dass diverse Schritte unternommen wurden, um auch die Digitalisierung der Bauaufsicht voranzutreiben.

**Herr Förster-Schüz** als Amtsleiter der Unteren Bauaufsichtsbehörde, der anhand einer Power-Point-Präsentation, die ebenfalls in ausgedruckter Form dem Ausschuss vorliegt und anschließend über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt wird, bezieht sich zunächst auf die Anzahl der Bauanträge, die er differenziert zwischen den Bauanträgen im Nordkreis und den südlichen Kommunen.

Insbesondere hebt **Herr Förster-Schüz** die am 27.02.2025 stattfindende Tagung der Bauamtsleiterinnen und Bauamtsleiter der Kommunen des Landkreises und der Kreisverwaltung hervor, die von der Bauaufsicht veranstaltet wird.

Des Weiteren erwähnt er, dass ein Angebot an Schulungen für spezielle Bauherrengruppen, beispielsweise Landwirte, etabliert werden konnte. Auch Fachvorträge durch das Sachgebiet Technische Bauaufsicht wurden gehalten, die sehr positiv aufgenommen wurden.

**Herr Förster-Schüz** sieht die Zukunft der Bauaufsicht als optimistisch an.

**Herr Manthey** bezieht sich auf die Präsentation von Herrn Förster-Schüz, mit welcher dieser auf Seite 11 das digitale Formular für allgemeine Anfragen positiv bewertet. **Herr Manthey** bemängelt jedoch dessen Kenntnisnahme und würde sich wünschen, dass dieses den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden sollte.

**Frau Biesterfeld** verweist darauf, dass das angesprochene Formular auf der Homepage des Landkreises unter [www.teltow-flaeming.de](http://www.teltow-flaeming.de), Bauaufsicht, zu finden ist.

**Frau Biesterfeld** unterbreitet weiterhin den Vorschlag, dass die Verlinkung zum Formular zum Protokoll gegeben werden sollte.

Der Link zum Formular für Anfragen an die Technische Bauaufsicht lautet wie folgt:

<https://www.teltow-flaeming.de/kontakt/anfragen-technische-bauaufsicht>

Dieser ist auch im Ratsinformationssystem ersichtlich.

Auf **Herrn Mantheys** Nachfrage zur Definition einer Bauvoranfrage wird diese von **Herrn Förster-Schüz** erläutert.

Weiterhin ist **Herr Manthey** darüber verwundert, dass auf Seite 12 der Präsentation noch auf den Erfolg zur Einführung der elektronischen Fachbehördenbeteiligung im Baugenehmigungsverfahren hingewiesen wird mit damit erfolgter Verringerung der Papierberge, jedoch das vorliegende Formular einseitig bedruckt ist, welches **Herr Förster-Schüz** erläutert. Er erklärt, dass ansonsten alle Baugenehmigungen beidseitig gedruckt werden.

Zuletzt fragt **Herr Manthey** an, ob irgendein Trend bei den Bauvorlageberechtigten festzustellen ist, dass, wenn so viele Nachforderungen sind, eventuell diese einmal eine schnellere Schulung haben müssten. Insbesondere fragt er nach, wie so etwas zustande kommt, dass z. B. Löschwasser oder sonstige Dinge, die eigentlich in allen Verordnungen jetzt standardmäßig gefragt sind und die abgefragt werden, gar nicht berücksichtigt werden und dann zu Nachforderungen führen.

**Herr Förster-Schüz** äußert sich dahingehend, dass sich die Situation schon verbessert hat, er jedoch die Qualität der Bauvorlagen nicht so positiv bewertet. Es muss viel nachgefordert werden, was die Objektplaner, also die Entwurfsverfasser, eigentlich wissen müssten.

**Herr Förster-Schüz** hebt jedoch hervor, dass die Einreichung eines komplett vollständigen Bauantrages schwierig ist und geht auf etwaige Nachforderungen näher ein.

**Herr Berger** bezieht sich auf die von Herrn Förster-Schüz zuvor angesprochenen Windeignungsgebiete und das damit verbundene EEG-Recht. Er erklärt, dass es am morgigen Abend in Trebbin auch um die Thematik EEG-Recht geht. 2 Brandenburger Gesetze sehen für zukünftige Anlagen im Wind- und im Photovoltaik-Bereich massive Zahlungen an die Kommunen vor, von denen der Landkreis auch mittelbar durch die Kreisumlage profitiert.

**Herr Berger** fragt an, ob es denkbar ist, dass man für solche Projekte im allgemeinen öffentlichen Interesse des Landkreises und der Kommunen eine gewisse Privilegierung

dahingehend vorsieht, dass diese einem zügigeren oder mechanisierteren Verfahren unterzogen werden, so dass schneller mit Baugenehmigungsrecht zu rechnen ist.

Hierzu erläutert **Herr Förster-Schüz**, dass es sich bei den Windenergieanlagen um immissionsschutzrechtliche, genehmigungspflichtige Anlagen handelt. Die zuständige Genehmigungsbehörde ist das Landesumweltamt. Der Landkreis hat hier eine bauplanungs- und bauordnungsrechtliche Stellungnahme abzugeben in den Anlagengenehmigungsverfahren, welche auch Fristen unterliegen. **Herr Förster-Schüz** geht dazu auf die personelle Aufstellung in seiner Behörde ein, erklärt jedoch, dass wenig oder gar kein Einfluss auf die Länge der Genehmigungsverfahren besteht. Das ist Sache des Landesumweltamtes als verfahrensführende Behörde.

Bei den Photovoltaikanlagen sieht es anders aus. Hier müsste ein Nachdenken erfolgen, welches von **Herrn Förster-Schüz** bestätigt und ebenfalls festgestellt wird. Er geht davon aus, dass hier viel zu erwarten sein wird.

**Herr Förster-Schüz** wird die Frage von Herrn Berger mitnehmen.

**Herr Porath** erwähnt ein Beispiel aus Sperenberg. Hier hatte sich die dortige Agrargesellschaft vor 4 Jahren dazu entschlossen, eine 50 ha große Anlage zu bauen. Man hat zum damaligen Zeitpunkt damit gerechnet, dass man zur Planung 1 Jahr benötigt, zum Bau 1 weiteres Jahr, und nach 2 Jahren müsste bereits das erste Geld fließen. Nunmehr ist es jedoch nach 4 Jahren so, dass im Prinzip erst die Planung zu Ende ist. **Herr Porath** fragt aus diesem Grund an, ob es in Zukunft irgendwelche Vereinfachungen geben wird. Einerseits soll diese Energie gefördert werden, andererseits soll es 4 Jahre dauern, bis ein derartiges Verfahren abgeschlossen ist, welches seiner Ansicht nach nicht sein kann.

**Herr Förster-Schüz** kann zu diesem speziellen Fall keine Stellungnahme abgeben und erklärt, dass es auf den Einzelfall ankommt. Möglicherweise kann es auch an Fragen des Umweltschutzes liegen, die entsprechend geprüft und bewertet werden müssen und dass es dadurch zu Verzögerungen gekommen ist.

**Frau Reiter** als Sachgebietsleiterin der Kreisentwicklung meldet sich zu Wort. Sie erklärt, dass es sich bei den Photovoltaikanlagen nicht um einfache Bauanträge handelt. Bei den großen Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die mehrere Hektar beinhalten, werden grundsätzlich Bebauungspläne benötigt. Es ist meistens so, dass die Gemeinden für diese großen Flächen in ihren Flächennutzungsplänen auch keine Flächen ausgewiesen haben. Das heißt, wenn jetzt ein Investor kommt, der beispielsweise 40 ha Photovoltaik bauen möchte, muss dieser zunächst die Änderung des Flächennutzungsplanes beantragen und einen Bebauungsplan aufstellen. Allein bei einem derartigen Bebauungsplan muss man bereits mit einer Zeit zwischen 1 ½ bis 2 Jahren rechnen. **Frau Reiter** erläutert weiter die einzelnen Schritte der Bearbeitung bis hin zum Bauantrag. Als Fazit gibt sie bekannt, dass, bis überhaupt der erste Bauantrag gestellt werden kann, von einer Bearbeitungszeit von über 2 Jahren ausgegangen werden muss.

## **Beschlussvorlagen**

### **TOP 11**

#### **Konzept Kinder- und Jugendbeteiligung ( B-7-5433/24-LR )**

Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

**Herr Edler** bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit, wünscht allen einen guten Heimweg und eine schöne Adventszeit.

Luckenwalde, den 15.07.2025

---

Edler  
Vorsitzender

---

Mehlis  
Schriftführerin